

2288 /A.B. BR/ 2007
zu 2486 /J. BR/ 2007
Präs. am 02. April 2007

REPUBLIK ÖSTERREICH

Die Bundesministerin für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Ursula Plassnik

Herrn
Präsident des Bundesrates
Manfred Gruber
Parlament
1017 Wien

29. März 2007

BMaA-AT.3.19.11/0003-III.6/2007

Die Abgeordneten zum Bundesrat Elisabeth Kerschbaum, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Februar 2007 unter der Zl. 2486/J-BR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend einer „Stellungnahme der Ministerien zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Europäische Energie- und Klimastrategie/Verbundplan“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Wie im Regierungsprogramm zum Ausdruck gebracht, hält die österreichische Bundesregierung an ihrer Überzeugung fest, dass die Kernenergie keine nachhaltige Form der Energieversorgung darstellt.

Aus diesem Grund habe ich mich beim jüngsten Europäischen Rat dafür eingesetzt, dass Kernenergie nicht auf das verbindliche 20%-Ziel für erneuerbare Energien bis 2020 angerechnet werden kann. Wir konnten dadurch verhindern, dass vom Gipfel das Signal ausgeht, Atomenergie wäre eine kohlenstoffarme Energieform, die einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten könne.

Die österreichische Bundesregierung wird sich auf EU- Ebene weiterhin generell gegen den Bau neuer Kernkraftwerke einsetzen und im Rahmen der gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen für die Stärkung und den Ausbau der Sicherheitsbestimmungen zum Gesundheitsschutz eintreten.

./2

- 2 -

Bezüglich der Fragen 1 – 7 der gegenständlichen Parlamentarischen Anfrage verweise ich auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2484/J-BR/2007 durch den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

